Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3849

18. 01. 89

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Debatte „Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen"

Der Bundestag wolle beschließen:

Angesichts der besonderen deutschen Erfahrungen mit Massenvernichtungsmitteln fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die Bemühungen um den Abschluß einer internationalen Konvention über B- und C-Waffen durch erste einseitige Schritte im eigenen Land wie folgt zu unterstützen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz und das Strafgesetz dahin gehend zu novellieren, daß alle bundesdeutschen natürlichen und juristischen Personen, die sich an der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und dem Vertrieb von biologischen und chemischen Waffen und deren Produktionsanlagen innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland beteiligen, bestraft werden.

   Dasselbe gilt für Ausländer, die solche Tätigkeiten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ausüben;

2. sich für den Ausbau eines internationalen Kontroll- und Inspektions-Regimes zur Verhinderung des Mißbrauchs biologischer und/oder chemischer Produktionsanlagen (Pharmazie, Farben, Pestizide, Düngemittel u. a.) zur Herstellung von biologischen und/oder chemischen Waffen einzusetzen. (Dual-Use-Controle);

3. bis zum Beginn der Tätigkeit einer entsprechenden internationalen Kontrollbehörde den Export von Anlagen-/Anlagenteilen, die zum Betrieb von Produktionsstätten für biologische oder chemische Waffen geeignet sind, nur noch insoweit zu genehmigen, wie der Empfänger bzw. das Empfängerland ihre Zustimmung erteilen, daß sich Vertreter der Bundesregierung am Ort der Nutzung jederzeit von der ausschließlich zivilen Verwendung dieser Anlagen/Anlagenteile überzeugen können.

Der Deutsche Bundestag drückt die Erwartung aus, daß die Bundesregierung auf den NATO-Partner USA einwirken wird, damit

in Beantwortung vergleichbarer einseitiger Abrüstungsmaßnahmen der UdSSR die Absprache von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Reagan über den Abzug sämtlicher US-Chemie-Waffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland umgehend in die Tat umgesetzt wird (vgl. hierzu Antrag – Drucksache 11/85 – der Fraktion DIE GRÜNEN).

Bonn, den 18. Januar 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333